



ARE – KURZINFORMATION-Serienfax / E-Mail-Kette Nr. 172 -vip 18.11.2009

Liebe Mitglieder und Mitstreiter der ARE

und der mit uns verbundenen Organisationen und Gruppen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die neue Entwicklung nach dem Regierungswechsel in Berlin wirft weitere Schatten voraus – oder in diesem Fall sozusagen ihre kleinen „Lichtblicke“. In Kürze stehen wichtige Vorgespräche und Richtungshinweise ins Haus. Dies gilt für die neuen offiziellen und internen Arbeitsgruppen der **Koalitionäre von CDU/CSU und FDP**, mit deren Vertretern wir im Kontakt stehen. Zu gegebener Zeit werden wir darüber berichten, sind aber bei persönlichen Anfragen jetzt schon in der Lage, Ihnen Orientierungshilfen zu geben. Achtung: Lebhaftige Beteiligung an der hochkommenden Diskussion von allen Seiten ist zwar erwünscht und auch nötig, jedoch ist strikt darauf zu achten, nicht den Gegnern und Unrechtlern der diversen Lager Vorwände zu liefern, das gesamte Vorhaben der „neuen Schadensbegrenzung“ zu beschädigen und daher schon die ersten drei Schritte mit zu torpedieren. Das Geheul z.B. aus dem Agrarkartell Ost zeigt die Richtung an, die man verfolgt.

Hier nun aber in Kürze die aktuellen Informationen unserer 172. E-Mail / Faxkette .

-Koalitionspapiere von CDU/CSU und FDP im Medienecho und Leser-Kommentare-

Nach zwei **FAZ**-Beiträgen (und den daraus resultierenden lebhaften Leserbriefen), einem etwas zwiespältig aufgenommenen **SPIEGEL**-Report und weiteren Darstellungen unterschiedlicher Qualität, vor allem aus den jungen Ländern, haben wir eine Zusammenstellung der z.T. auch mit interessanten Anregungen erstellt (bisher 14 Stellungnahmen, z.T. m. Auszug), die wir Ihnen auf Anfrage als Dossier schicken können. - Bei dieser Gelegenheit danken wir allen „Kommentatoren“, die auf unsere Bitte hin Stellung bezogen haben - und ermutigen zugleich zu weiteren Beiträgen, am besten per E-mail. Und möglichst schnell und kurz und konkret. Das Thema darf in der Öffentlichkeit nicht „antrocknen“, und für die zuständigen Abgeordneten, deren Zuarbeiter und sonstige Verantwortungsträger sind die Reaktionen und Vorschläge nicht zu unterschätzen. Wir stellen alle substantiellen Stellungnahmen, womöglich aber aus Platzgründen nur im Auszug, mit oder (auf Wunsch) ohne Namensnennung der Autoren ins Internet.

-EU-Kontakt der ARE: Vorstellung bei z.T. neuer Besetzung in Kommission und Parlament –

Nach Vorstellungsgesprächen und weiteren fachlichen Kontakten im Landwirtschafts- und Wettbewerbsbereich der EU (viele neue Gesichter und veränderte Zuständigkeiten!) bereitet der ARE-Bundesvorsitzende jetzt eine fachliche Gesprächsrunde zur Orientierung für Dezember d.J. in Brüssel vor; dies auch angesichts der neuen Lage z.B. im Agrar- und Subventionsbereich, die ab 01. Januar 2010 zu einschneidenden Veränderungen führen wird. Näheres auf Anfrage in Plänitz.

-Brandenb. Bodenaffäre: Strafanzeige gegen Staatsanwälte, Vorschläge und neue Kooperation-

Mit einem neuen „Paukenschlag“ nach der Installierung der rot-roten Regierung in Potsdam geht die Brandenburger Bodenaffäre in eine neue Runde. Eine erweiterte Strafanzeige wegen des dringenden Verdachts der Strafvereitelung im Amt und wegen Betrugs gegen u.a. den Generalstaatsanwalt im Land Brandenburg wird in Kürze für neuen Medienwirbel sorgen- und womöglich mit zu einem 2. Untersuchungsausschuss im Landtag führen. Dort sind jetzt zwei neue (Oppositions-) Parteien vertreten, mit denen Gespräche geführt werden, auch in Richtung Gesetzesvorschläge. Diese haben zusammen mit der CDU die Möglichkeit, neue Untersuchungen

anzustoßen. Wir liefern Unterlagen. Dies für heute. Bitte unterstützen Sie uns gerade jetzt nach Kräften in Wort und Tat und wenn, möglich mit einer kleinen Spende für unser Konto bei der Brandenburger Bank mit Vermerk „**Offensive 2010**“

Herzlichst Ihr

ARE-Team und Manfred Graf von Schwerin



Auszug – Kommentare betr. FAZ- bzw. SPIEGEL-Beiträge-(weitere 12 Kommentare s. ARE-Internet-Seite: www.aren-org.de). Wir freuen uns auf Ihren Beitrag! Hierzu ein Beispiel:

... “ Allerdings ist dem Autor ein für die Beurteilung der momentanen Diskussion in den Medien schwerwiegender Fehler unterlaufen: Bei den Leistungen, die den Opfern **der kommunistisch-stalinistischen Verfolgungen** in der SBZ - die Bezeichnung **demokratische Boden- und Industriereform**, sollte tunlichst vermieden werden, da sie in die absolut falsche Richtung weist - nach der Wiedervereinigung in Form des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes zugebilligt worden sind, handelt es sich gerade nicht um eine Entschädigung, die sich als solche am Verkehrswert zu orientieren hat, sondern um einen Bruchteil dessen. Dies ist jedoch nur ein Aspekt. Die tatsächlichen Zahlen für einen Teil der Wiedergutmachungsleistung, nämlich für den bereits nach dem Ausgleichleistungsgesetz möglichen, begünstigten Flächenerwerb für Alteigentümer, spiegeln die Hintergründe für die Notwendigkeit wieder, den Flächenerwerb für Alteigentümer erneut in dieser Legislaturperiode aufzugreifen, nachdem dieses Vorhaben der Unionsfraktionen in der vergangenen Legislaturperiode durch den massiven Widerstand der SPD zu Fall gebracht worden ist - bedauerlicherweise damals weitgehend unbeachtet von den öffentlichen Medien. Während im Jahr 1994 die Erben eines konfiszierten 100 ha Betriebes noch 26 ha vergünstigt erwerben konnten, sind es im Jahr 2008 nur noch 9 ha. Diese Zahlen finden ihre Entsprechung auch bei anderen konfiszierten Betriebsgrößen: Bei 200-300 ha Alteigentum konnten ursprünglich im Rahmen der Wiedergutmachung 47 ha erworben werden, aktuell nur noch etwa 16 ha, bei 1000 ha Alteigentum waren es ursprünglich 60 ha, zur Zeit nur noch 20 ha. Diese Zahlen geben Durchschnittswerte wieder. Insgesamt ist also lediglich etwa ein Drittel der 1994 vorgesehenen Wiedergutmachungsleistung übrig geblieben.

Kann es bei dieser Entwicklung verwundern, dass das Thema des Flächenerwerbs durch Alteigentümer aktueller ist als in den vergangenen Jahren? Es handelt sich hier immerhin um die Wiedergutmachungsleistung für Menschen, die schwersten politischer Verfolgung mit Konfiskation des gesamten Eigentums ausgesetzt waren. Gibt es bei dieser Entwicklung der Wiedergutmachungsleistung tatsächlich Bürger, die sich gegen eine Verbesserung dieser Situation aussprechen? Mir sind sie nicht bekannt. Die von manchen, aus der politischen Versenkung wieder auferstandenen Politikern vorgebrachten Argumente taugen allemal als SED-Propaganda, werden aber den historischen Tatsachen nicht gerecht.

Ist nur noch zu ergänzen: Bauern mit Betrieben über 100 ha wurden nicht "neben adeligen Großgrundbesitzern" enteignet, sondern stellen etwa 85% der betroffenen Landeigentümer. Der überwiegende Teil der Betroffenen wurde durch entschädigungslose Wegnahme von kleineren, mittleren und großen Handwerks- und Industriebetrieben geschädigt, nämlich etwa 600.000. Sie alle zusammen fehlen heute in den Neuen Bundesländern. Vielleicht haben einige Politiker auch das erkannt! “ E.S.

Besuchen Sie uns im Internet: www.aren-org.de

-2-

ARE-Herrenhaus Pläntz: Hofstrasse 5, 16845 Neustadt/Dosse, OT Pläntz, Tel.: 033970-518-74; Fax: -75

ARE-Zentrum Hessen: Im Brühl 9, 34582 Borken/Hessen, Tel.: 05682-730812, Fax: 05682-730813

E-Mail: info@aren-org.de Internet: www.aren-org.de

Spez. Konto-Nr. 106609678 BLZ 160 620 73 Brandenburger Bank